
Zum Aussagewert der Arbeitslosenstatistik

Martin Riese*

1. Einleitung

Vollbeschäftigung gilt als eines der zentralen Ziele der Wirtschaftspolitik. In Österreich haben nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung zur Erreichung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung sowie zur Verhütung von Arbeitslosigkeit beizutragen.¹ Die konzeptuelle Erfassung und statistische Messung von Vollbeschäftigung beziehungsweise Arbeitslosigkeit bereitet aber beträchtliche Schwierigkeiten. Häufig wird in der öffentlichen Diskussion die Zahl der registrierten Arbeitslosen beziehungsweise die Arbeitslosenrate als alleiniges Abgrenzungskriterium herangezogen. Die Genauigkeit und Angemessenheit dieser Meßkonzepte ist wiederholt untersucht worden² mit dem Ergebnis, daß diese Meßgrößen die Höhe des Beschäftigungsstandes nur sehr unzureichend wiedergeben. In der Krise 1974/75 ist diese Problematik durch den massiven Gastarbeiterabbau, der sich in der offiziellen Arbeitslosenstatistik kaum niederschlägt, auch ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gedrungen. Die Gastarbeiter sind aber nur *ein*, wenn auch markantes, Beispiel neben vielen anderen für die Unzulänglichkeit der Zahl der registrierten Arbeitslosen als Indikator des Beschäftigungsstandes.

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit einigen dieser Faktoren, die den Aussagewert der Arbeitslosenstatistik relativieren und als Ergänzung berücksichtigt werden sollten. Der nächste Abschnitt behandelt die unterschiedlichen Abgrenzungen und Wandlungen des statistischen Meßkonzeptes »registrierte Arbeitslose« in den letzten Jahren. Es wird auch versucht, die üblicherweise verwendeten Bestandsgrößenkonzepte durch ein Stromgrößenkonzept zu ergänzen. Der dritte Abschnitt beschäf-

* Für Kommentare danke ich Kurt W. Rothschild und Bela Löderer.

tigt sich mit Formen eines unfreiwillig geminderten Beschäftigungsstandes, die sich nicht auf dem Konto der manifesten Arbeitslosigkeit niederschlagen: Kurzarbeit, Schlechtwetterentschädigung, nicht untergebrachte Lehrstellensuchende. Es wird das Problem diskutiert, inwieweit auch Konten, auf denen durch beschäftigungspolitische Maßnahmen geschaffene, gesicherte oder erhaltene Arbeitsplätze geführt werden, hier herangezogen werden sollen. Im vierten Abschnitt werden jene Personen, die weder als arbeitslos noch als unselbständig erwerbstätig klassifiziert werden, aber als »latentes Potential« für die inländischen unselbständigen Erwerbstätigen in Betracht kommen, behandelt und ihr Stellenwert für die Beurteilung der Beschäftigungssituation erörtert.

2. Registrierte Arbeitslose

Die Kennzahl, die die meiste Aufmerksamkeit zur Beurteilung der Beschäftigungssituation auf sich zieht, ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen beziehungsweise das Verhältnis dieser Zahl zur Gesamtzahl des Arbeitskräfteangebots (Arbeitslosenrate). Dennoch ist auch diese Zahl nicht so unzweideutig, wie man annehmen möchte. Für Österreich kann man unter der Rubrik »Vorgemerkte Arbeitslose« beziehungsweise »Arbeitslose« zumindest folgende drei verschiedene Reihen finden:

Tabelle 1
Vorgemerkte Arbeitslose

	(1)	(2)	(3)
1970	59.494	58.444	53.854
1971	52.940	52.020	46.479
1972	50.022	49.135	43.235
1973	41.327	41.327	41.327
1974	41.306	41.306	41.306
1975	55.464	—	55.464

(1) »Statistische Übersichten« des Österreichischen Statistischen Zentralamts und des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Tabelle 8.10.

(2) *Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1975*, Tabelle 22.01, S. 295.

(3) »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, ab 1973 in dieser Form erhoben, für die früheren Jahre zu Vergleichszwecken zurückgerechnet.

Ab Jänner 1973 gilt für alle drei Reihen das gleiche Erhebungskonzept.

Vor 1973 unterscheidet sich Reihe (2) von (1) durch die Herausnahme der Personen, die sich beim Arbeitsamt als arbeitssuchend gemeldet haben, aber noch in Beschäftigung stehen. Die Reihe (1) wird daher in den Amtlichen Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vor 1973 als Reihe der »Vorgemerkten Arbeitssuchenden« geführt. Die Verzerrung durch die noch in Beschäftigung stehenden Arbeitssuchenden ist für die einzelnen Berufsgruppen recht unterschiedlich.³

Zweifelloos gibt es gute Gründe, diese Personen nicht als arbeitslos zu klassifizieren. Daß sie vor 1973 in die Arbeitslosenstatistik miteinbezogen wurden, resultiert daraus, daß in Österreich die Erhebung der Arbeitslosenzahl sehr eng mit der Administration durch die Arbeitsämter verknüpft ist und nicht in erster Linie ökonomischen Gesichtspunkten folgt.

Reihe (3) unterscheidet sich von (2) um jene Personen, die auf Grund eines Ansuchens um Alterspension nur bedingt vermittlungsgesegnet sind.⁴ Die Reihe (3) wurde vor 1973 nicht in dieser Form erhoben, sondern nachträglich zu Vergleichszwecken zurückgerechnet. Mit 1. Jänner 1973 wurde die offizielle Arbeitslosenzahl durch die Eliminierung dieser Kategorie um zirka 6000 Personen statistisch verringert.⁵

Die den drei genannten Reihen entsprechenden Arbeitslosenraten sind in der Tabelle 2 wiedergegeben.

Tabelle 2
Arbeitslosenrate (Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebots*)

	(1)	(2)	(3)
1970	2,43	2,38	2,20
1971	2,11	2,07	1,85
1972	1,95	1,91	1,69
1973	1,55	1,55	1,55
1974	1,53	1,53	1,53
1975	2,04	2,04	2,04

* Arbeitskräfteangebot für (1) und (2) = unselbständige Beschäftigte plus Reihe (2) aus Tabelle 1

Arbeitskräfteangebot für (3) = unselbständige Beschäftigte plus Reihe (3) aus Tabelle 1

Diese verschiedenen Umdefinitionen des statistischen Meßkonzepts haben eine nicht unerhebliche Verringerung der Zahl der registrierten Arbeitslosen auf rein statistischem Weg bewirkt. Die historische Vergleichbarkeit der Arbeitslosenzahlen ist dadurch empfindlich gestört. So ergibt sich zum Beispiel bei einem Vergleich der Arbeitslosenraten für die Jahre 1971 und 1975 gemäß Reihe (1) ein leichtes Sinken, gemäß Reihe (2) annähernde Konstanz und gemäß Reihe (3) ein Ansteigen um immerhin 0,2 Prozentpunkte. Dadurch wird auch die Relativität des jeweils verwendeten Konzepts von Arbeitslosigkeit deutlich.

Im März 1974 wurde auf Grund einer Neuregelung des Karenzurlaubsrechts eine weitere Gruppe aus der offiziellen Arbeitslosenzahl eliminiert: die bedingt vermittlungsgesegneten Frauen, die nach Abschluß eines Karenzurlaubs Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten. Dieser Anspruch besteht jetzt nicht mehr, hiemit verringert sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Es handelt sich dabei um zirka 10.000 Frauen.⁶ Dies schlägt sich in der Arbeitslosenrate in einer Senkung um zirka 0,4 Prozentpunkte nieder.

In Österreich erfolgt die Erfassung der registrierten Arbeitslosen durch Meldung der Arbeitslosen beim Arbeitsamt und nicht — wie in vielen anderen Ländern — durch Stichprobenerhebung (labor force sample survey).⁷ Damit scheinen alle jene, die sich nicht melden, nicht in der Statistik auf.

Die Unterlassung der Meldung kann darauf zurückzuführen sein, daß der Arbeitslose keinen Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung hat und/oder daß er nicht glaubt, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. (Dies wird vor allem nach Erschöpfung des Anspruches auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zum »Rückzug« vom Arbeitsmarkt führen.) Auch der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter bei der Kontaktaufnahme mit einem neuen Dienstgeber wird dabei von Bedeutung sein.⁸

Zwei Kategorien von Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, aber nicht in der Zahl der registrierten Arbeitslosen enthalten sind, haben auch in der politischen Tagesdiskussion Beachtung gefunden: Nebenerwerbsbauern und »Gast«arbeiter.

§ 12 Abs. 3 lit. d AIVG normiert ausdrücklich, daß nicht als arbeitslos zu gelten hat, wer einen land-(forst-)wirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet, dessen Einheitswert den Betrag von 40.000 Schilling übersteigt. Ein Nebenerwerbsbauer, der seinen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz verliert, scheint also, wenn sein landwirtschaftlicher Betrieb den genannten Einheitswert übersteigt, nicht in der Zahl der Arbeitslosen auf. Das Potential der Nebenerwerbsbauern, die von dieser Regelung betroffen werden können, kann für 1971 mit mindestens 24.000 angegeben werden⁹ und wird seither angestiegen sein.

Tabelle 3
Ausländische Arbeitskräfte

	Beschäftigte aus- ländische Arbeits- kräfte (1)	Veränderung gegenüber Vorjahr		vor- gemerkte arbeits- lose Aus- länder (4)	vom Rück- gang gelten nicht als arbeits- los (5)	regl- strierte Arbeits- lose* (6)	Sp (5) + Sp (6) (7)	korri- gierte Arbeits- losen- rate: Sp (7) in Prozent des Arbeits- kräfte- angebots** (8)
		absolut (2)	in Prozent (3)					
1972	186.500	—	—	—	—	—	—	—
1973	226.400	+ 39.900	+ 21,3	—	—	—	—	—
1974	218.300	— 8.100	— 3,5	1.300	6.800	41.300	48.100	1,77
1975	185.200	— 33.200	— 15,2	4.800	28.400	55.500	83.800	3,05

Quelle: »Statistische Übersichten«, Tab. 8.14, Tab. 8.8.

* nach Reihe (3) aus Tabelle 1.

** Beschäftigte und Arbeitslose nach dem Konzept wie Sp (7).

Auch die Verringerung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte schlägt sich nur zu einem geringen Teil in der offiziellen Arbeitslosenzahl nieder. In Österreich wurde die Verringerung weniger durch direkten »Abbau« (Kündigung, Entzug der Beschäftigungsgenehmigung) bewirkt als dadurch, daß weniger neue Beschäftigungsgenehmigungen erteilt wurden beziehungsweise daß sie nicht verlängert wurden.¹⁰ In der Auswirkung auf die notwendige Korrektur der offiziellen Arbeitslosenzahl können die beiden Wege gleich behandelt werden.

Dabei dürften diese Zahlen den Abbau von Arbeitsemigranten noch unterschätzen. In den Jahren der Hochkonjunktur waren viele Ausländer ohne Beschäftigungsgenehmigung tätig;¹¹ in der Krise und mit den rigoroseren Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes wird die Zahl der »Illegalen« eher zurückgegangen sein.¹²

Alle Zahlen, die bisher diskutiert wurden, sind Bestandsgrößen beziehungsweise Durchschnitte davon; die Jahreswerte der registrierten Arbeitslosen etwa ergeben sich als Durchschnitte der Bestandsgrößen, gemessen jeweils zum Monatsende. Diese Betrachtungsweise ist angemessen, wenn man die (durchschnittliche) Unterauslastung des Arbeitskräftepotentials im Auge hat. Für andere Fragestellungen hingegen muß zu einer Zugangs/Abgangs-Rechnung übergegangen werden: zum Beispiel wenn die disziplinierenden Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Arbeiterklasse betrachtet werden sollen.

Tabelle 4
Von Arbeitslosigkeit betroffene Personen*

1970	438.614
1971	405.929
1972	391.073
1973	306.945
1974	315.008
1975	385.764

Quelle: »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, Arbeitsmarktstatistik, jeweils Tabelle 3.

* Berechnet aus Bestand Ende Dezember des Vorjahres plus Zugänge pro Monat. Für Personen, die zwei- oder mehrmals pro Jahr arbeitslos wurden, ergeben sich Mehrfachzählungen. Die Stromgrößen entsprechen dem Konzept der Reihe (1) in Tabelle 1.

Die Zahlen der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen, genauer: die Zahl der von den Arbeitsämtern erfaßten Fälle von Arbeitssuche, zeigt daß die (registrierte) Arbeitslosigkeit keine so marginale Erscheinung ist, wie es die Bestandsgrößenrechnung erscheinen läßt. Das Schicksal der Arbeitslosigkeit erfaßt einen viel größeren Personenkreis. Allerdings gehen hier die Fälle freiwilligen Arbeitsplatzwechsels mit nur kurzfristiger dazwischenliegender Arbeitslosigkeit mit demselben Gewicht ein wie Fälle von »echter« längerdauernder Arbeitslosigkeit, so daß die angegebenen

Zahlen nur eine erste Annäherung an das zugrunde liegende Problem darstellen.

Wünschenswert wäre eine Erfassung der Dauer für jeden Fall von (registrierter) Arbeitslosigkeit. Dies würde eine einwandfreie Aggregation längs der Zeitdimension erlauben, und eine Gegenüberstellung mit der Gesamtarbeitszeit der Beschäftigten ermöglichen. Die vorliegenden Erhebungen über die Dauer der Arbeitslosigkeit sind aber sehr unbefriedigend. Sie sind nur sehr grob gegliedert und werden nur einmal jährlich mit Stichtag 31. August durchgeführt. Solche Stichtagserhebungen unterschätzen die Dauer beträchtlich, da alle Personen, die über den Stichtag hinaus arbeitslos bleiben, nur mit der bis zum Stichtag aufgelaufenen Dauer in die Erhebung eingehen.¹³

Tabelle 5

Dauer der Vormerkung zur Arbeitsvermittlung* (Stichtag 31. August)

	Vorgemerkte Arbeit- suchende insgesamt	bis zu 1 Monat	V o r m e r k d a u e r		
			mehr als 1 Monat bis zu 6 Monaten	mehr als 6 Monate bis zu 1 Jahr	mehr als 1 Jahr
1970	33.156	6.666	19.272	4.060	3.158
1971	33.001	6.058	19.430	4.541	2.972
1972	34.057	6.070	20.537	4.681	2.769
1973	26.469	4.345	16.639	3.521	1.964
1974	22.344	3.428	13.015	3.838	2.063
1975	36.034	6.802	22.051	4.850	2.331

Quelle: »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«.

* Arbeitsuchende entsprechend dem Konzept der Reihe (1) in Tabelle 1.

Die Stromgrößenbetrachtung ist nicht nur angebracht, wenn man — wie in Tabelle 4 — die Arbeitslosigkeit gewissermaßen aus der Sicht des individuellen Arbeiters betrachtet. Sie liefert auch unersetzliche Hinweise für die korrekte Interpretation der Bestandsgrößen. Deren Veränderung ergibt sich aus Zugängen — Abgängen in der Periode zwischen zwei Stichtagen. Die Dynamik dieser Ströme wird aber in dem Resultat der Bewegung, der Reihe der Bestandsgrößen, nur sehr ungenügend ausgedrückt beziehungsweise schlagen verschiedene Muster von flows recht unterschiedlich auf die Bestandsgrößen durch. Beim Vergleich von Teilaggregaten (berufs-, geschlechtsspezifisch), von verschiedenen Ländern oder Zeiträumen ist daher eine Miteinbeziehung der Stromgrößen empfehlenswert. Das soll an einigen charakteristischen Beispielen demonstriert werden:

Die Berufsgruppe der Bergarbeiter, Erdöl- und Erdgasgewinner (10—11) und die Metallarbeiter, Elektriker (18—24) zeigen beide eine relativ saisonunabhängige Entwicklung. Die Bestandszahlen der Arbeitslosen ändern

sich nur geringfügig im Jahresablauf und suggerieren eine statische Situation. Dennoch ist dies das Resultat ganz unterschiedlicher Konstellationen der Stromgrößen bei den beiden Berufsgruppen: bei den Bergleuten treten um einen festen Kern herum nur minimale Fluktuationen von Arbeitslosen auf; bei den Metallarbeitern (18—24) hingegen übersteigen die durchschnittlichen monatlichen Fluktuationen die Größe des durchschnittlichen Bestandes. Für 1972 zum Beispiel ergeben sich folgende Kennzahlen:

Tabelle 6

Kennzahlen der Stromgrößenbetrachtung bei Bergarbeitern, Erdöl- und Erdgasgewinnern und Metallarbeitern, Elektrikern (1972)

	Bergarbeiter (10—11)	Metallarbeiter (18—24)
(1) Summe der Absolutbeträge der monatlichen Salden aus Zu- und Abgängen	95	1900
(2) Vorgemerkte Arbeitsuchende	394	2848
(2a) davon stehen in Arbeit	(0)	(38)
(3) Summe der Zugänge	278	36.809
(4) $Z(3) : Z(2)$	71	12.92
(5) Anteil der vorgemerkten Arbeitsuchenden der Berufsgruppe an den vorgemerkten Arbeitsuchenden aller Berufsgruppen (in Prozent)	0,78 %	5,69 %
(6) Anteil der Zugänge der Berufsgruppe an den Zugängen aller Berufsgruppen (in Prozent)	0,07 %	11,39 %

Quelle: »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, jeweils Tabelle 4.

Die Zeile (1) zeigt, daß die Ungleichgewichte von Zu- und Abgängen für beide Gruppen ziemlich niedrig sind; das ist ein Ausdruck der nur schwach ausgeprägten Saisonbewegung. Die Angaben über die flows in den Amtlichen Nachrichten folgen dem Konzept der Reihe (1) in Tabelle 1 der vorliegenden Arbeit. Zeile (2) gibt den Durchschnitt der Bestandsgrößen der vorgemerkten Arbeitsuchenden mit Stichtag zum jeweiligen Monatsende.

Die Summe der Zugänge [Zeile (3)] kann bei niedrigen Salden als Indikator für die Größenordnung der insgesamt stattfindenden Ströme benutzt werden. Ihr Verhältnis zur durchschnittlichen Bestandsgröße [Zeile (4)] gibt Auskunft über die Umschlagshäufigkeit der Arbeitslosen. Je höher der Koeffizient ist, um so größer wird man den Anteil der Friktionsarbeitslosigkeit veranschlagen können. Die Zeilen (5) und (6) geben das Gewicht der Berufsgruppen entsprechend dem stock- beziehungsweise dem flow-Konzept wieder.

Die Bestandszahlen überschätzen das Gewicht des Berufes der immobilen Arbeitslosengruppe (extrem hoher Anteil von bedingt Vermittlungsgereigneten bei den Bergarbeitern), sie unterschätzen dasjenige von Berufsgruppen mit großer Umschlagsgeschwindigkeit der Arbeitslosen. Innerhalb desselben Berufs kann zwischen Männern und Frauen differenziert werden. Für die Metallarbeiter, Elektriker (18—24) ergibt sich für 1972:

Tabelle 7

Kennzahlen der Stromgrößenbetrachtung bei Metallarbeitern, Elektrikern nach dem Geschlecht (1972)

	Metallarbeiter, 18—24 (1972)	
	männlich	weiblich
(1) Summe der Absolutbeträge der monatlichen Salden aus Zu- und Abgängen	1.407	496
(2) Vorgemerkte Arbeitsuchende	1.063	1.785
(2a) davon stehen in Arbeit	(34)	(4)
(3) Summe der Zugänge	24.026	12.783
(4) Z (3) : Z (2)	22,60	7,16
(5) Verteilung der vorgemerkten Arbeitsuchenden nach Geschlecht (in Prozent)	37 %	63 %
(6) Verteilung der Zugänge nach Geschlecht (in Prozent)	64 %	36 %

Quelle: »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, jeweils Tabelle 4.

Typische Saisonberufe sind gekennzeichnet durch beträchtliche Ungleichgewichte von Zu- und Abgängen. Sie weisen hohe Saldosummen auf [zum Beispiel Bauberufe (16—17) 32.234 bei einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 5.115 (1973)]. Dadurch hinterläßt die Bewegung der Arbeitslosen viel deutlichere Spuren in der Reihe der Bestandsgrößen. Diese geben hier unzweideutiger Aufschluß über das Geschehen auf diesem Teilarbeitsmarkt. Hier tritt im Gegensatz zu den oben erwähnten Gruppen ein markanter Informationsverlust erst durch die Durchschnittsbildung ein.

3. Andere Konten, auf denen sich eine Veränderung des Beschäftigungsgrades niederschlägt

Zusätzlich zur statistischen Unschärfe der Zahl der registrierten Arbeitslosen wird die ausschließliche Verwendung dieses Meßkonzepts zur Beurteilung des Beschäftigungsgrades noch dadurch problematisch, daß es eine Reihe anderer Größen gibt, in denen sich eine Veränderung des Beschäftigungsgrades widerspiegelt.

Hierher gehören die Kurzarbeiter, deren Zahl in der folgenden Aufstellung wiedergegeben wird:

Tabelle 8
Kurzarbeiter

Durchschnitt 1970	40		
Durchschnitt 1971	82		
Durchschnitt 1972	47		
Durchschnitt 1973	94		
Durchschnitt 1974	819		
Durchschnitt 1975	4055	1. Vierteljahr	6.807
		2. Vierteljahr	6.145
		3. Vierteljahr	2.152
		4. Vierteljahr	1.117

Quelle: »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, Tabelle 13.

Vor 1975 hatte die Kurzarbeit nur einen geringfügigen Umfang. 1975 zeigen die Quartalsdaten einen charakteristischen Verlauf: der Rückgang im Jahresverlauf ist vor allem dem Umstand zuzuschreiben, daß mehr und mehr Betriebe, insbesondere verstaatlichte Stahlbetriebe in der Steiermark, für ihre Arbeiter, deren Arbeitszeit reduziert wurde, nicht Kurzarbeit anmeldeten, sondern sie in Schulungen schickten.¹⁴ Das ist mit höheren Unterstützungsbeiträgen verbunden; die betroffenen Arbeiter werden dann nicht als Kurzarbeiter geführt, sondern als nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz geschulte Personen (vgl. Tabelle 12). Ihre Zahl betrug Ende Oktober 1975 etwa 8.000.¹⁵

Auch hier tragen die Bestandszahlen dem wechselnden Personenkreis, der von Kurzarbeit betroffen wird, nicht Rechnung. Eine genaue Zugangs-/Abgangs-Rechnung ist hier mangels veröffentlichter Daten nicht möglich. Einen guten Indikator für die Stromgrößenbetrachtung geben aber die bei den Arbeitsämtern erfolgten Anzeigen der Betriebe über beabsichtigte Einführung von Kurzarbeit ab. Für 1975 ergeben sich so rund 20.400¹⁶ Personen, die von Kurzarbeit betroffen wurden.

Für die witterungsbedingte Verringerung der Arbeitszeit im Baugewerbe sieht das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957 vor, daß die Arbeiter bestimmter Betriebe des Baugewerbes, die wegen Schlechtwetter einen Arbeitsausfall erleiden, der mit einem Lohnausfall verbunden ist, eine Schlechtwetterentschädigung in der Höhe von 60 Prozent des normalen Lohnes durch den Dienstgeber ausgezahlt erhalten. Der Dienstgeber erhält diese Beträge auf Antrag durch das Arbeitsamt zurück-erstattet.¹⁷ Für die Jahre seit 1970 ergeben sich folgende Zahlen:

Tabelle 9
Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

	Eingebrachte beziehungsweise bewilligte Rückerstattungsanträge nach Ausfallstunden (in Tausend)*	Sp (1) entspricht ganzjährigen Vollarbeitsplätzen**
	(1)	(2)
1970	7.431	3.715
1971	6.520	3.260
1972	6.936	3.468
1973	7.976	3.988
1974	8.016	4.008
1975	8.350	4.175

Quelle: »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, Tabelle 12.

* Die jahresweise Abgrenzung ist wegen der Einbringung beziehungsweise Bewilligung für weiter zurückliegende Ausfallstunden nicht ganz exakt.

** Berechnet auf der Basis von 50 Wochen zu 40 Stunden.

Ein gesondertes Konto wird auch für die Lehrstellensuchenden geführt. Hierauf scheinen Schulabgänger (und auch ältere Jugendliche) auf, die einen Lehrplatz beziehungsweise sonstigen Ausbildungsplatz anstreben, aber noch keinen gefunden haben.

Ein gesondertes Konto wird auch für die Lehrstellensuchenden geführt. Hierauf scheinen Schulabgänger (und auch ältere Jugendliche) auf, die einen Lehrplatz beziehungsweise sonstigen Ausbildungsplatz anstreben, aber noch keinen gefunden haben.

Tabelle 10
Lehrstellensuchende

	(1)	(2)
1970	7.331	7.328
1971	12.364	12.618
1972	12.819	13.010
1973	12.680	12.680
1974	12.708	12.708
1975	—	15.371

Quelle: (1) *Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1975*. Herausgegeben vom Statistischen Zentralamt, Tabelle 22.16 unter dem Titel »Sofort verfügbare Lehrstellensuchende«. (2) Österreichischer Arbeiterkammertag (Hrsg.), *Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch*, diverse Jahrgänge unter dem Titel »Lehrstellensuchende«.

Bis einschließlich 1970 war die relevante Kategorie zur Beurteilung der Schwierigkeiten der Unterbringung von Lehrlingen die der »sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden«. Ab 1971 wird diese Reihe durch die »vorgemerkten Lehrstellensuchenden«, die damals undefiniert wurden, fortgesetzt. »Bis zum Ende des Jahres 1970 wurden als »vorgemerkte Lehrstellensuchende« alle Personen gezählt, die bei der Lehrstellenvermittlung gemeldet waren. Nunmehr werden ab Jänner 1971 nur jene vorgemerkten Lehrstellen- und Ausbildungsplatzsuchenden gezählt, die bereit sind, *sofort beziehungsweise bis spätestens Ende des folgenden Berichtsquartals* eine(n) durch das Arbeitsamt angebotene(n) Lehrstelle oder sonstigen Ausbildungsplatz anzutreten. Eine Aufgliederung nach gemeldeten und sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden *wird nicht* mehr vorgenommen.«¹⁸ Die Unterschiede der beiden Reihen ergeben sich dadurch, daß in Reihe (2) die »sonstigen Ausbildungsplatzsuchenden« enthalten sind, in Reihe (1) aber nicht. (Für 1973 und 1974 ist diese Kategorie nicht erhoben; die beiden Reihen weisen daher identische Zahlen auf. 1975 sind die entsprechenden Zahlen zwar in den Amtlichen Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ausgewiesen, aber nicht in der Reihe (2) eingeschlossen.)

Beide Reihen sind Jahresdurchschnitte, wobei es sich aber teilweise um Durchschnitte aus Monatsdaten, teilweise um solche aus Quartalsdaten handelt. 1970 ist der Durchschnitt in Reihe (1) und Reihe (2) auf Grund von Monatsdaten berechnet, 1971 bis 1974 auf Grund von Quartalsdaten mit Stichtag März, Juni, September und Dezember. Der Wert für 1975 in Reihe (2) ist ein Siebenmonatsdurchschnitt von Juni bis Dezember (zu den ersten Monaten 1975 wurden keine Daten veröffentlicht).

Wie wenig einem stark zyklischen Phänomen mit ausgeprägten Spitzenwerten — die Zahl der Lehrstellensuchenden erreicht infolge des Schulschlusses im Juni (= Stichtag für das 2. Quartal) das Drei- bis Fünffache der Durchschnittswerte beziehungsweise bis zum Hundertfachen der Dezemberwerte — durch Durchschnittswerte Rechnung getragen wird, mehr noch, daß diese Werte widersinnig und irreführend sind, kann an folgendem Beispiel demonstriert werden: Für das Jahr 1970 ergeben sich durchschnittlich 7.330 Lehrstellensuchende. Diese Zahl ergibt sich als Durchschnitt der Bestandsgrößen aller zwölf Monate. Zieht man den Durchschnitt nur aus den Bestandsgrößen für die Monate März, Juni, September, Dezember — dies entspricht dem später verwendeten Quartalskonzept —, ergibt sich 9.098. Würde man den Quartalsstichtag auf die Monate Februar, Mai, August, November legen, ergäbe sich ein Wert von 5.360.¹⁹

Ein realistischeres Bild kann man erhalten, wenn man etwa diejenigen Jugendlichen betrachtet, die am Ende des 3. beziehungsweise 4. Quartals immer noch keine Lehrstelle gefunden haben.

Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche werden ihren Niederschlag auch im Bildungssystem finden. Bei ungünstiger Arbeitsmarktlage wird eine Verlängerung des Verbleibs im Bildungssystem eher in Frage kommen beziehungsweise wird es zu einer Umstrukturierung im Gewicht der einzelnen Schultypen kommen.

Tabelle 11
Lehrstellensuchende am Ende des 3. beziehungsweise 4. Quartals

	Ende 3. Quartal				Ende 4. Quartal				
	vor- gemerkte Lehr- stellen- suchende (1)	sonstige Ausbil- dungs- platz- suchende (2)	zu- sammen Sp (1)+ Sp (2) (3)	Sp (3) in Pro- zent von Sp (9) (4)	vor- gemerkte Lehr- stellen- suchende (5)	sonstige Ausbil- dungs- platz- suchende (6)	zu- sammen Sp (5)+ Sp (6) (7)	Sp (7) in Pro- zent von Sp (9) (8)	Lehr- an- fänger (9)
1970	7.751	—	7.751	17,7	318	—	318	0,7	43.569
1971	10.026	172	10.198	21,5	479	9	488	1,0	47.296
1972	10.466	165	10.631	21,5	928	3	931	1,8	49.339
1973	9.905	—	9.905	19,3	657	—	657	1,2	51.241
1974	5.943	—	5.943	11,0	831	—	831	1,5	53.573
1975	4.776	57	4.833	—	1.432	39	1.471	—	—

Quelle: (1), (2), (5), (6) »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, Tabelle 10, ab 1971 Tabelle 9; (9) Österreichischer Arbeiterkammertag, *Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 1976*, S. 426 f.

Weiters spielt das Bildungspotential auch in der Weise eine Rolle für die Beurteilung des Beschäftigungsgrades, daß freigesetzte Arbeitskräfte aus konjunkturellen Gründen in das Bildungssystem versetzt werden. Ansatzpunkte für eine quantitative Erfassung dieses Phänomens lassen sich aus den Statistiken über Schulungsmaßnahmen nach § 19 Abs. 1 lit. b AMFG 1969 (Ein-, Um-, Nachschulung, Arbeitserprobung, Berufsvorbereitung und Arbeitstraining) gewinnen. Diese Schulungen werden entweder kurs- beziehungsweise lehrgangsmäßig abgehalten, wofür Schulungsbeihilfen an die Kursteilnehmer gewährt werden, oder erfolgen in

Tabelle 12
Schulungsmaßnahmen nach AMFG

	In Schulungsmaß- nahmen nach § 19 Abs. 1 lit. b AMFG einbezogene Personen (1)	davon (Sp 1) werden geschult kurs- oder lehrgangs- mäßig (2)	betriebl. (3)	Personen, die in Betrieben geschult werden, die eine Förderung nach § 21 Abs. 2 AMFG erhalten (4)
1971	16.486	11.194	5.292	130
1972	19.937	13.014	6.923	319
1973	23.469	14.978	8.491	367
1974	25.997	18.636	7.361	637

Quelle: R. Frank, *Entwicklung der Arbeitsmarktförderung*, in: »Das Recht der Arbeit«, 132. Heft, Oktober 1975, Tabelle 7, Tabelle 9.

den Betrieben, wofür Beihilfen an die Betriebe gezahlt werden. Die in den Betrieben durchgeführte Schulung kann dabei auch über Ersuchen einer Dienststelle der Arbeitsmarktverwaltung erfolgen, wenn die Betriebe die Schulungsmaßnahmen nicht oder nicht ausschließlich im eigenen Interesse durchführen (§ 21 Abs. 2 AMFG).

Die Beihilfen zu der kurs- beziehungsweise lehrgangsmäßigen Schulung können in sehr verschiedener Form gewährt werden: von Zuschüssen zu den Teilnahme- und Beitragskosten, bei denen der Empfänger in der Regel seinen Beruf während der Schulung weiter ausüben wird, bis zu den Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts, bei denen der Betroffene für die Zeit der Schulung aus dem Produktionsprozeß ausscheidet. In diesem Fall wird er nicht als arbeitslos gezählt, was bei Vergleichen mit Daten vor der Einführung des AMFG beachtet werden muß.

Bei den betrieblichen Schulungsmaßnahmen kann man nur sehr eingeschränkt von einer Versetzung ins »Bildungs«system sprechen. 1973 waren in Niederösterreich drei Viertel der Geförderten Frauen, die vielfach aus der Arbeitsmarktreserve stammten und kurzfristig als Näherinnen oder Lötnerinnen angelernt wurden.²⁰ Es handelt sich also größtenteils um Personen, die bisher noch gar nicht als aktiv am Arbeitsmarkt galten. Die Schulungsmaßnahmen können nur beschränkt dem Bildungssystem zugerechnet werden, es handelt sich eher um »Subventionen an jene Branchen, die angelernte Frauen benötigen«.²¹

Die Schulungsmaßnahmen nach § 21 Abs. 2 schließlich, die von Erste-Hilfe-Kursen bis zu Kursen über Betriebswirtschaftslehre reichen können, sind häufig »Auffangschulungen«, die Arbeitslosen oder Kurzarbeitern zu einer höheren Lebensunterhaltsbeihilfe verhelfen, als es das zustehende Arbeitslosengeld wäre (vgl. S. 14).

Über die erwähnten Schulungsmaßnahmen hinaus können auch andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als Indikatoren für die Beschäftigungssituation herangezogen werden: zum Beispiel das Konto der Personen, deren Arbeitsplätze durch Beihilfen zum Ausgleich kurzfristiger Beschäftigungsschwankungen gestützt beziehungsweise erhalten werden (§ 27 AMFG) oder das Konto der Personen, deren Arbeitsplätze durch Beihilfen gegen drohende strukturelle Arbeitslosigkeit erhalten beziehungsweise gesichert werden (§ 35 AMFG). Diese Maßnahmen werden aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert. Die davon betroffenen Personen bleiben aber — im Gegensatz zum Großteil der Schulungsmaßnahmen — (voll) beschäftigt, weshalb diese Konten hier nicht weiter verfolgt werden sollen. Die Verschiebung des Schwerpunktes der Arbeitsmarktpolitik von der Unterstützung bei schon eingetretenen Beschäftigungsschwierigkeiten zu einer vorausschauenden, aktiven Gestaltung des Arbeitsmarktes bringt es mit sich, daß eine Abgrenzung solcher im engeren Sinn arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von anderen allgemein wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die direkt oder indirekt einen Effekt auf die Beschäftigung haben, immer schwieriger wird. Es muß aber gesehen werden, daß gerade auch diese Entwicklung die (manifeste) Arbeitslosenzahl beziehungsweise -rate zu einem immer untauglicheren Indikator der Beschäftigungssituation macht.²²

4. Latentes Arbeitskräftepotential

Zu einer umfassenden Beurteilung der Höhe des Beschäftigtenstandes beziehungsweise dafür, wie weit »Vollbeschäftigung« erreicht wurde, müssen schließlich auch noch die Konten beachtet werden, auf denen jene Personen geführt werden, die nur unter den gegebenen Bedingungen bisher noch nicht auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung getreten sind, die aber bei einer Veränderung der Arbeitsmarkt- beziehungsweise Arbeitsplatzbedingungen den Wunsch haben, eine Erwerbstätigkeit auszuüben.²³ Nimmt man diesen Personenkreis noch zu dem Erwerbspotential, wie es in den Spitzen der Konjunktur manifest geworden ist (konjunkturelles Potential) hinzu, so kann man von dem »latenten Potential« sprechen; das Potentialdefizit gegenüber dem konjunkturellen Potential stellt die »latente verdeckte Arbeitslosigkeit« dar.²⁴ Dieses Potential dürfte, da es unter den bisherigen Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht in Erscheinung getreten ist, nur längerfristig und wahrscheinlich nur bei entsprechenden politischen Maßnahmen mobilisierbar sein. Eine exakte Quantifizierung der verschiedenen Gruppen dieses Potentials wird nur schwer möglich sein.

Für das Potential von Arbeitsimmigranten, die für den Arbeitsmarkt eines bestimmten Landes mobilisierbar sind, wird man überhaupt von jeder Quantifizierung Abstand nehmen müssen. Es handelt sich praktisch um ein »unbegrenztes Angebot von Arbeitskräften«.²⁵ Trotz der mangelnden Quantifizierbarkeit ist die Bedeutung dieses Potentials unübersehbar und oft beschrieben worden.²⁶ Für einige andere Gruppen kann wenigstens eine Abschätzung der Größenordnung versucht werden.

Ein traditionelles Potential für den Arbeitsmarkt innerhalb eines Wirtschaftsgebietes stellt die Landbevölkerung dar. Der Rückgang der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft in den sechziger Jahren und die erwartete weitere Schrumpfung des land- und forstwirtschaftlichen Sektors kann aus folgender Tabelle ersehen werden:

Tabelle 13
Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft 1961—1971, 1971—1986
(in Tausend)

	Bestand 1961	Abgänge 1961—1971			Bestand 1971	Abgänge 1971—1986			Bestand 1986
		Berufs- aus- tritte	Berufs- wech- sel	Zu- gänge		Berufs- aus- tritte	Berufs- wech- sel	Zu- gänge	
(1) Selbständige	585,0	193,8	74,0	48,7	365,9	173,0	60,2	43,6	176,3
(2) Unselbständige	121,1	39,1	36,7	15,2	60,5	24,8	23,8	9,8	21,7
(3) zusammen	706,1	232,9	110,7	63,9	426,4	197,8	84,0	53,4	197,9

Quelle: W. Puwein, *Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft*, in: »Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung« 8/1975, Übersicht 6, Übersicht 8, S. 341.

Für die Abschätzung der Landwirtschaft als Arbeitskräftepotential für die anderen Wirtschaftsbereiche können aber nicht einfach die ausgewiesenen *Abgänge* herangezogen werden. In den *Berufsaustritten* werden Arbeitskräfte erfaßt, die die Agrarwirtschaft infolge von Tod, Pensionierung, Heirat und so weiter verlassen. Wirklich proletarisiert werden hingegen die *Berufswechsler*. Sie treten meist in sozial niedrige Berufe ein und erreichen häufig nur Hilfsarbeiterstellung.²⁷

Als Arbeitskräftereservoir spielen aber auch die Bauernkinder, die nicht mehr am Hof bleiben können oder wollen und von vornherein einen nicht-landwirtschaftlichen Beruf ergreifen, eine große Rolle. Sie zusammen mit den Berufswechslern ergeben die eigentliche ländliche Arbeitskraftreserve. Berücksichtigt man noch, daß auch Unselbständige die Landwirtschaft verlassen, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 14

	1961—1971	1971—1986
	in Tausend	
(1) Bauernkinder, die einen nichtlandwirtschaftlichen Beruf ergreifen	161,0	238,5
(2) Berufswechsler	110,7	84,0
(3) Insgesamt aus der Landwirtschaft Abwandernde (1) + (2)	271,7	322,5
(4) Unselbständige Berufswechsler	36,7	23,8
(5) Aus der Landwirtschaft Abwandernde (3) minus unselbständige Berufswechsler (4)	235,0	298,7
(6) Zeile (5) auf Jahresbasis	23,5	19,9

Quelle: W. Puwein, a. a. O. Übersicht 8, S. 341.

Inwieweit die Abwanderung aus diesem Potential tatsächlich realisiert wird, hängt von mehreren Faktoren ab: von der Produktionsentwicklung insbesondere in den Bereichen, die den Großteil der Abwandernden aufnehmen (Industrie, Bau), sowie von institutionellen Bedingungen (zum Beispiel Bauernpension) und Sonderentwicklungen der Landwirtschaft (zum Beispiel Mißernten).²⁸

Die Abwanderung betrifft nicht nur den landwirtschaftlichen Bereich. Auch in der gewerblichen Wirtschaft geben kleine Selbständige ihren Betrieb auf; eine Gliederung der Abgänge in Berufsaustritte und Berufswechsel liegt nicht vor.

Tabelle 15
Selbständige* in der gewerblichen Wirtschaft

	Stand (1)	Veränderung gegen das Vorjahr absolut (2)	in Prozent (3)
1970	302.100	— 7.500	—2,4
1971	290.200 ^{a)b)}	—11.900	—3,9
1972	279.500	—10.700	—3,7
1973	252.000 ^{c)}	—27.500 ^{c)}	—9,8 ^{c)}
1974	240.700 ^{d)}	—11.300 ^{d)}	—4,5 ^{d)}
1975	237.300	— 3.400	—1,4

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung, *Arbeitsmarktvorschau 1976*, S. 25.

* Einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen.

a) Volkszählungsergebnis.

b) Einschließlich Personen ohne Betriebsangabe.

c) Rückgang einschließlich zirka 20.000 Ummeldungen von Mithelfenden zu Unselbständigen.

d) Rückgang einschließlich zirka 5.000 Ummeldungen von Mithelfenden zu Unselbständigen.

Aus den angeführten Zahlen ist ersichtlich, daß die Mobilisierbarkeit des Potentials der gewerblichen Selbständigen für eine unselbständige Beschäftigung²⁹ besonders konjunkturabhängig ist.

Ein weiteres Element des latenten Potentials, das in den traditionellen Analysen der »potentiellen Arbeitskraftreserve« manchmal als einziges behandelt wird,³⁰ stellen die Frauen dar, die keine Beschäftigung ausüben, aber eine solche aufnehmen möchten. Der Mikrozensus vom Juni 1974 ergab, daß von den 719.800 nicht berufstätigen verheirateten³¹ Frauen im Alter von 15 bis 60 Jahren mit Ausnahme von Schülerinnen, Studentinnen, Pensionistinnen und Gattinnen von Landwirten³² 331.300 (= 46,0 Prozent) grundsätzlich zur Aufnahme einer unselbständigen Beschäftigung bereit sind.³³ Eine ähnliche Untersuchung im Juni 1971 ergab 222.700 verheiratete Frauen, die grundsätzlich zur Aufnahme einer unselbständigen Beschäftigung bereit sind.^{34 35}

Diese Zahlen stellen allerdings nur das theoretische Maximum der potentiellen Arbeitskraftreserve dar. Viele der Frauen fassen eine Aufnahme der Berufstätigkeit erst für einen späteren Zeitpunkt ins Auge. 1974 waren nur 91.200 (27,5 Prozent) bereit, sofort eine Beschäftigung aufzunehmen.³⁶

Aufschlußreich für die Frage, inwieweit die Frauen, die derzeit keinen Beruf ausüben, als arbeitslos anzusehen sind, sind die Hinderungsgründe, weshalb sie zum Zeitpunkt der Erhebung keinen Beruf ausübten. Von den Frauen, die grundsätzlich arbeiten möchten und auch schon konkrete Vorstellungen über ihren möglichen Beruf haben, gaben rund 75 Prozent an, vorwiegend wegen der Betreuung von Kindern gegenwärtig keinem Erwerb

nachzugehen.³⁷ Sie sind unter bestimmten Umständen (Schaffung von Kindergärten und Tagesheimstätten, veränderte Einstellung zur Kindererziehung in der Kleinfamilie, steigende Notwendigkeit mitzuverdienen und so weiter) mobilisierbar. Wir zählen sie daher zum latenten Potential, wollen aber nicht so weit gehen wie Sweezy/Magdoff in ihrer Untersuchung über den Arbeitsmarkt der USA,³⁸ die diese Kategorie umstandslos als versteckte Arbeitslose klassifizieren.

Diejenigen Frauen hingegen, die als Hinderungsgründe das Fehlen einer passenden Beschäftigungsmöglichkeit angaben,³⁹ müssen wohl als praktisch arbeitslos angesehen werden. Es handelt sich dabei um zirka 68.000 Frauen.⁴⁰ Der Großteil von ihnen wohnt in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern. Je höher die Agrarquote der Gemeinde ist, desto häufiger wurde dieser Hinderungsgrund der mangelnden Beschäftigungsmöglichkeit genannt.⁴¹ Dies spiegelt die ungleichmäßige Entwicklung des ländlichen Raums und die dadurch erzwungene, unfreiwillige Nichterwerbstätigkeit von Frauen in diesen Gebieten wider.

Diese Tatsache, zusammengekommen mit der weiter oben besprochenen Abwanderung aus der Landwirtschaft, zeigt, daß der Großteil des latenten Potentials aus dem ländlichen Raum kommt.

5. Resümee

Die Problematik der Zahl der registrierten Arbeitslosen zur Beurteilung des Beschäftigungsgrades ergibt sich zum einen aus der statistischen Definition. Die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten können durch entsprechende Bereinigungen weitgehend überwunden werden. Zum anderen sind Arbeitslosigkeit und Beschäftigung konzeptuell kaum durch eine scharfe Trennungslinie zu scheiden. Es gibt vielmehr eine breite »Grauzone« von Übergangsformen. Diese Betrachtungsweise nähert sich dem von Marx entwickelten Begriff der »industriellen Reservearmee«, der neben den manifest Arbeitslosen auch alle jene umfaßt, die das Kapital für seine wechselnden Verwertungsbedürfnisse disponibel macht beziehungsweise hält.⁴² Es wäre natürlich verlockend, die gewonnenen Ergebnisse in einer einzigen Größe zusammenzufassen und eine »wahre« Arbeitslosenzahl beziehungsweise Arbeitslosenrate zu bilden.⁴³ Es scheint jedoch, daß ein solcher konsolidierter Index für doch recht heterogene Sachverhalte nicht recht zweckentsprechend ist, so daß die Beibehaltung einer Vielzahl von Einzelindikatoren meist besser sein wird.⁴⁴

Die hier angestellten Überlegungen müßten überdies auch auf die Gegengröße zur Arbeitslosigkeit, die (unselbständige) Erwerbstätigkeit ausgedehnt werden. Auch hier ergeben sich mannigfaltige definitorische und statistische Probleme (zum Beispiel Präsenzdienster, Karenzurlauber). Die Erhebung von Bestandsgrößen zu bestimmten Stichtagen trägt auch hier der Bewegung im Aggregat der Beschäftigten nur unzureichend Rechnung. Für beide Größen, Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit, müßten überdies noch die Konten Arbeitszeit und Arbeitsqualität miteinbezogen werden.⁴⁵

Ein stärkeres Problembewußtsein gegenüber den Daten der Arbeitsmarktstatistik sowie eine Erweiterung der in Betracht zu ziehenden Kon-

ten ist dringend geboten. Die naive und fetischisierte Verwendung der offiziellen Arbeitslosenzahl beziehungsweise -rate als alleiniger Indikator für die Erfolgsbeurteilung der Beschäftigungspolitik sollte auf jeden Fall vermieden werden.

ANMERKUNGEN

- 1 § 1 Arbeitsmarktförderungsgesetz, BGBl. Nr. 31/1969.
- 2 Zum Beispiel Sweezy/Magdoff, *Economic Stagnation and Stagnation of Economics*, in »Monthly Reviews«, April 1971; dieselben, *Kapitalismus und Arbeitslosigkeit*, in: »Monthly Review«, deutsche Ausgabe, 1. Jg., Nr. 3; James J. Hughes, *How should we measure unemployment?* in: »British Journal of Industrial Relations«, November 1975; Franz Egle / Angelika Ernst / Peter Schnur, *Verdeckte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und Möglichkeiten ihrer Messung*, Manuskript, Nürnberg 1975; Werner Clement, *Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit*, in: »wisu, das wirtschaftsstudium«, Nr. 9/10/1975.
- 3 Nur drei Berufsgruppen [Graphische Berufe (34), Haushälterinnen, Hausgehilfen, Hauswarte (53), Technische Berufe (6)] weisen 1972 Anteile von mehr als 10 Prozent noch in Arbeit stehender Arbeitsuchender an der durchschnittlichen Gesamtzahl der Arbeitsuchenden der entsprechenden Berufsgruppe auf. Nimmt man noch die Berufsgruppen Handelsberufe (40—41) und Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe (76—78), die hohe absolute Zahlen aufweisen (anteilmäßig aber schon unter 5 Prozent liegen) dazu, so konzentrieren sich allein in diesen fünf Berufsgruppen zirka 65 Prozent aller noch in Arbeit stehenden Arbeitsuchenden.
- 4 »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, 2/73, S. 205.
- 5 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), »Monatsberichte« 6/1975, S. 276.
- 6 Ebenda.
- 7 Diese Methode erfaßt in der Regel einen weiteren Kreis von Formen der Arbeitslosigkeit und wird den internationalen Definitionen, wie sie zum Beispiel von der Eighth International Conference of Labour Statisticians (1954) ausgearbeitet wurden und von der OECD verwendet werden, eher gerecht. Vgl. *Adjustment of Unemployment Rates to International Definitions*, S. 106, in: »OECD Economic Outlook«, 19. July 1976.
- 8 Vgl. dazu E. Bartunek, *Arbeitsplatzwechsel*, in: »Statistische Nachrichten« 1/1976, 2/1976. Hier wird allerdings nur der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter beim Dienstgeberwechsel generell ermittelt (6 Prozent, S. 106). Daraus kann nicht unmittelbar auf den Einschaltungsgrund bei denjenigen Personen, die während des Dienstgeberwechsels arbeitslos waren (11,7 Prozent, S. 110), geschlossen werden. Er wird bei dieser Gruppe beträchtlich höher liegen. Berechnet man den Anteil der durch die Arbeitsämter besetzten Arbeitsplätze an den Abgängen von Arbeitsuchenden, ergibt sich für 1972 47,2 Prozent (berechnet aus »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, jeweils Tabelle 4).
- 9 Nebenerwerbsbauern mit einem Einheitswert über 35.000 Schilling zum 31. Dezember 1971. W. Puwein, *Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft*, in: »WIFO«, Monatsberichte 8/1975, Übersicht 13, S. 344.
- 10 Vgl. F. Butschek, *Der österreichische Arbeitsmarkt in der Rezession 1974/75*, in: »WIFO«, Monatsberichte 10/1975, S. 421, S. 423.
- 11 E. Hofstetter, *Ausländische Arbeitskräfte: Ist die Grenze erreicht?* in: »Arbeit und Wirtschaft« 11/73, S. 54, schätzt für den August 1973 270.000 tatsächlich in Österreich arbeitende Ausländer im Vergleich zu den 244.000 von der amtlichen Statistik ausgewiesenen.

- 12 Eine andere, relativ kleine, wenn auch nicht bedeutungslose Gruppe von Ausländern, die in der Krise zunehmend größere Schwierigkeiten haben wird, Beschäftigung zu finden, sind die jugoslawischen Grenzgänger, die in der Steiermark teilweise beziehungsweise zu Saisonarbeiten vermittelt werden. Ihre Zahl betrug in den siebziger Jahren an die Tausend pro Jahr; vgl. Johann Schlemmer, *Steiermark: Grenzgängervermittlung*, in: »Der Arbeitsmarkt« 2/75, S. IX.
- 13 Vgl. James J. Hughes, *How should we measure Unemployment?* in: »British Journal of Industrial Relations«, November 1975, S. 323 f.
- 14 Vgl. »Oberösterreichische Nachrichten«, 21. September 1975: *Fortbildung ersetzt Kurzarbeit*. »Die Presse«, 21. September 1975: *Statt Kurzarbeit sollen die Mitarbeiter nun lernen*.
- 15 Vgl. »Trend« 12/1975.
- 16 Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, Tabelle 13, eigene Berechnungen.
- 17 Legat-Grabner, *Sozialversicherungsrecht*, Graz - Köln 1963, S. 202.
- 18 »Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung«, 4/1971, S. 200.
- 19 Eine weitere Verzerrung, besonders im Juni, ergibt sich, je nachdem, ob der Stichtag Mitte oder Ende des Monats gelegt wird. Dies wurde in der betrachteten Periode uneinheitlich gehandhabt.
- 20 Ewald Walterskirchen, *Effizienzkriterien der österreichischen Arbeitsmarktpolitik*, S. 198, in: F. Butschek (Hrsg.): *Die ökonomischen Aspekte der Arbeitsmarktpolitik*, Wien 1975.
- 21 Ebenda.
- 22 Es ist das erklärte Ziel der Arbeitsmarktverwaltung, durch Beihilfen nach § 27 ff. AMFG und § 35 ff. AMFG sowie durch Schulungsmaßnahmen manifeste Kurzarbeit beziehungsweise Arbeitslosigkeit hintanzuhalten (Bundesministerium für soziale Verwaltung, *Arbeitsmarktvorschau* 1976, S. 12). Kurzarbeiterunterstützung und Arbeitslosengeld sollen nur als »letzte Möglichkeit für die Existenzsicherung« in Betracht gezogen werden (Sozialminister Häuser in: »Arbeiter-Zeitung«, 8. Febr. 1976). Der Leiter des Landesarbeitsamtes Steiermark meint, »Traumziel wäre, daß die Kategorie »Beschäftigungslose« überhaupt wegfallen würde und durch »in Schulung Stehende« ersetzt würde« (»Neue Zeit«, Graz, 17. Febr. 1976).
- 23 Vgl. Egle und Mitarbeiter, a. a. O. S. 30 f.
- 24 Wolfgang Klauer / Gerhard Kühlewind, *Zur längerfristigen Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots in der Bundesrepublik Deutschland*, in: »Mitteilungen« (IAB), Nr. 10, Dezember 1969, S. 796 ff., Nürnberg.
- 25 Vgl. W. Arthur Lewis, *Development with Unlimited Supplies of Labour*, »The Manchester School«, May 1954, wiederabgedruckt in: Agarwala/Singh (Ed.), *The Economics of Underdevelopment*, »Oxford University Press«, 1958.
- 26 Vgl. zum Beispiel Charles P. Kindleberger, *Europe's Postwar Growth*, Cambridge, Massachusetts 1967; Anthony Ward, *Reservearmee des Euro-Kapitalismus*, in: »Monthly Review«, deutsche Ausgabe, 1. Jg., Nr. 6, 7.
- 27 W. Puwein, *Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft*, in: »WIFO«, Monatsberichte 8/1975, S. 340.
- 28 Vgl. die Modellgleichung des provisorischen Arbeitsmarktmodells (AMI) des WIFO für die jährliche Arbeitsmarktvorschau, in: F. Butschek, *Die Verwendung formalisierter Modelle in der österreichischen Arbeitsmarktforschung*, S. 218, in: F. Butschek (Hrsg.), *Die ökonomischen Aspekte der Arbeitsmarktpolitik*, Wien 1975.
- 29 Das Fehlen einer Gliederung in Berufsaustritte und Berufswechsel erschwert eine Aussage, inwieweit die abgehenden Selbständigen tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen.
- 30 E. Bartunek, *Potentielle Arbeitskraftreserve*, in: »Statistische Nachrichten« 3/1975, 4/1975, 5/1975.
- 31 Die in Betracht kommenden Frauen waren fast ausschließlich verheiratet. Die Auswertung wurde daher auf diese beschränkt. E. Bartunek, a. a. O. S. 173.
- 32 Gattinnen von Landwirten werden im Mikrozensus grundsätzlich als berufstätig eingetragen. E. Bartunek, a. a. O. S. 173.
- 33 Ebenda S. 174.

- 34 K. Klein, *Potentielle Arbeitskraftreserve*, »Statistische Nachrichten« 10/1971, S. 793 f.
- 35 »Dieser Anstieg (von 1971 auf 1974; M. R.) geht parallel mit einer beträchtlichen Zunahme der bereits im Erwerbsleben stehenden Frauen: die Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen hat von Juni 1971 bis Juni 1974 nach den Ergebnissen der Beschäftigungsstatistik der Sozialversicherungsträger . . . von 906.500 auf 1,015.700 (+12 Prozent) zugenommen. Die Veränderungen spiegeln offensichtlich zunächst einmal eine gewandelte Einstellung zur Berufstätigkeit der Frau, ohne über die tatsächliche Mobilisierbarkeit etwas auszusagen.« E. Bartunek, a. a. O. S. 175. Harry Braverman erklärt ein ähnliches Phänomen für die USA ohne den idealistischen Rückgriff auf die »Einstellung zur Berufstätigkeit der Frau« daraus, daß mit der steigenden Einbeziehung von Frauen in die Erwerbsbevölkerung auch jenes Potential von Frauen wächst, die nur unregelmäßig — zum Beispiel durch die Jahre der Kinderaufzucht unterbrochen — Beschäftigung finden. H. Braverman, *Labor and Monopoly Capital*, New York 1974, S. 391 f.
- 36 E. Bartunek, a. a. O. Tabelle 5 (S. 175).
- 37 Ebenda S. 240.
- 38 Sweezy/Magdoff, *Kapitalismus und Arbeitslosigkeit*, a. a. O. S. 9.
- 39 Da Mehrfachnennungen bei den Hinderungsgründen zulässig waren, ist die Bestimmung des entscheidenden Grundes nicht eindeutig möglich. Vgl. E. Bartunek, a. a. O. S. 176.
- 40 Berechnet aus Tabelle 8, S. 177, in E. Bartunek, a. a. O. Die Frauen, die auf die Frage nach der angestrebten Tätigkeit »unbekannt« angaben, wurden — entgegen der Tabelle bei Bartunek — hier nicht mitgezählt.
- 41 Ebenda, Tabelle 6, S. 300.
- 42 K. Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, *Marx-Engels-Werke*, Bd. 23, Berlin 1972, S. 657 ff.
- 43 Dieser Versuch wird zum Beispiel in den beiden zitierten Arbeiten von Sweezy/Magdoff unternommen.
- 44 W. Clement, a. a. O. S. 488.
- 45 Ebenda S. 484.